

Ausländerrecht: AuslR

Kommentar

Bearbeitet von

Herausgegeben von Prof. Dr. Jan Bergmann, LL.M. eur., Vorsitzender Richter am Verwaltungsgerichtshof, und Dr. Klaus Dienelt, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht, Bearbeitet von den Herausgebern und Dr. Ina Bauer, Richterin am Verwaltungsgerichtshof, Franz-Wilhelm Dollinger, Richter am Bundesverwaltungsgericht, Dr. Isabel Röcker, Richterin am Verwaltungsgericht, Kai-Christian Samel, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht, Philipp Schäper, Dr. Wolfgang Schenk, Richter am Verwaltungsgerichtshof, Dr. Alexandra Sußmann, Regierungsvizepräsidentin beim Regierungspräsidium, Holger Winkelmann, Polizeirat, und Dr. Simone Wunderle, LL.M., Richterin, Begründet von Dr. Werner Kanein, Von der 5. bis zur 8. Auflage fortgeführt von Prof. Dr. Günter Renner

12. Auflage 2018. Buch. XLVIII, 2978 S. In Leinen

ISBN 978 3 406 71197 8

Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

Recht > Öffentliches Recht > Verwaltungsrecht > Ausländerrecht, Asyl, Staatsangehörigkeit

Zu Leseprobe und Sachverzeichnis

schnell und portofrei erhältlich bei

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Bergmann / Dienelt
Ausländerrecht

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Ausländerrecht

Aufenthaltsgesetz, Freizügigkeitsgesetz/EU und
ARB 1/80 (Auszug), Grundrechtecharta und
Artikel 16a GG, Asylgesetz

Kommentar

Herausgegeben von

**Prof. Dr. Jan Bergmann,
LL. M. eur.**

Vors. Richter am VGH Baden-Württemberg

Dr. Klaus Dienelt

Vors. Richter am VG Darmstadt

bearbeitet von den Herausgebern und

Dr. Ina Bauer

Richterin am VGH Baden-Württemberg

Dr. Wolfgang Schenk

Richter am VGH Baden-Württemberg

Franz Wilhelm Dollinger
Richter am Bundesverwaltungsgericht

Dr. Alexandra Sußmann
Regierungsdezernentin beim
Regierungspräsidium Stuttgart

Dr. Isabel Röcker
Richterin am VG Karlsruhe

Holger Winkelmann
Polizeirat, Lehrbereichsleiter im
Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrum
Walsrode

Kai-Christian Samel
Vors. Richter am VG Berlin

Dr. Simone Wunderle, LL. M.
Richterin am VG Stuttgart

12. Auflage 2018
des von Dr. Werner Kanein †
begründeten und von der 5. bis zur 8. Auflage
von Prof. Dr. Günter Renner †
fortgeführten Werks





www.beck.de

ISBN 978 3 406 71197 8

© 2018 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Satz, Druck und Bindung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Umschlaggestaltung: C. H. Beck, Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Wir sind alle Ausländer – fast überall

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur zwölften Auflage

In der emotional aufgeladenen Flüchtlingspolitik versuchen alle, nach bestem Wissen und Gewissen das Richtige zu tun. Als größte Aufgabe der Gegenwart wird die Integration der rund eine Million Menschen gesehen, die im letzten Jahr nach Deutschland gekommen sind. Zugleich besteht weitreichender politischer Konsens, dass all diejenigen zeitnah das Land verlassen sollen, die keine Bleibeperspektive haben. Die große Koalition hat zu diesen Zwecken zum einen das am 17. März 2016 in Kraft getretene sogenannte „Asylpaket II“ erlassen. Es umfasst das „Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren“ und wird von dem „Gesetz zur erleichterten Ausweisung von straffälligen Ausländern und zum erweiterten Ausschluss der Flüchtlingsanerkennung bei straffälligen Asylbewerbern“ flankiert. Zum anderen wurde das am 6. August 2016 in Kraft getretene und nach dem Leitgedanken des Förderns und Forderns konstruierte „Integrationsgesetz“ erlassen, das als Artikelgesetz zahlreiche bestehende Regelungskomplexe ändert. Auch die im vorliegenden Werk kommentierten Normen wurden hierdurch umfangreich novelliert, sodass eine Neuauflage unabdingbar erscheint. Schließlich waren die im Februar und November 2016, sowie im Juli und August 2017 in Kraft getretenen Neuregelungen des „Datenaustauschverbesserungsgesetzes“, des „Gesetzes zur Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung“, des „Gesetzes zur Bekämpfung von Kinderehen“ sowie des „Gesetzes zur Umsetzung aufenthaltsrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union zur Arbeitsmigration“ und des „Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“ in das Werk einzuarbeiten.

Aber nicht nur bezüglich des Normenwerks ist von Änderungen zu berichten. Aufgrund der steigenden Arbeitsbelastung wurde auch das Autorenteam erweitert. Hinzugekommen sind Frau Richterin am VG Karlsruhe Dr. Isabel Röcker, die bis vor kurzem am Bundesverfassungsgericht als wissenschaftliche Mitarbeiterin wirkte, Herr Richter am Bundesverwaltungsgericht Franz Wilhelm Dollinger, der ebenfalls über Erfahrungen als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesverfassungsgericht sowie zudem als Vorsitzender Richter am Landessozialgericht Baden-Württemberg verfügt, und Herr Richter am VGH Dr. Wolfgang Schenk, der ebenfalls als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesverfassungsgericht tätig war und jetzt am VGH Baden-Württemberg arbeitet. Kollegin Dr. Alexandra Sußmann wechselte aus dem Flüchtlingsbereich im Staatsministerium Baden-Württemberg in das Amt der Regierungsvizepräsidentin beim Regierungspräsidium Stuttgart, sodass auch auf diese Weise weiterhin für ergänzende Informationen aus dem Bereich der Exekutive gesorgt ist.

Der Verlag hat die Neuauflage wiederum mit großem Engagement begleitet, wofür insbesondere Herrn Lektoratsleiter Dr. Johannes Wasmuth sowie unserer allseits geschätzten Fachlektorin Frau Ruth Schrödl sehr herzlich gedankt sei.

Stuttgart/Darmstadt, im Oktober 2017

Jan Bergmann
Klaus Dienelt

Vorwort

Aus dem Vorwort zur elften Auflage

Das Migrationsrecht ist nicht zuletzt aufgrund der aktuellen Flüchtlingsbewegungen vielfältigen und raschen Änderungen unterworfen. Seit Erscheinen der letzten Auflage waren insbesondere das Richtlinienumsetzungsgesetz 2013 und das am 1. August 2015 in Kraft getretene Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung einzuarbeiten, welches u. a. das von Bergmann/Dörig auf den letzten Deutschen Verwaltungsgerichtstagen europarechtlich angestoßene neue Ausweisungsrecht einführt, sowie das soeben erst beschlossene Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz. Vor der Türe stehen die weitere Umsetzung der novellierten Asylverfahrens-Richtlinie 2013/32/EU und zahlreiche Reformvorschläge insbesondere zum Asylrecht, die aus den Verhandlungsergebnissen der verschiedenen Flüchtlingsgipfel resultieren.

Am Autorenteam hat sich wenig verändert. Die sieben Kolleginnen und Kollegen sind allesamt beruflich im Ausländer- bzw. Asylrecht aktiv und bieten insbesondere den richterlichen Blick auf diese spannende Materie. Der Schwerpunkt des Kommentars liegt auf der besonderen Nutzbarkeit für die alltägliche Praxis, weswegen Literaturstreitigkeiten weniger Raum erhalten.

Stuttgart/Darmstadt, im November 2015

Jan Bergmann
Klaus Dienelt

Aus dem Vorwort zur zehnten Auflage

Die rasch fortschreitende Europäisierung des Ausländer- und Asylrechts macht eine Neuauflage des Kommentars unausweichlich. Einzuarbeiten war insbesondere das am 26. November 2011 in Kraft getretene weitere Richtlinienumsetzungsgesetz, durch welches u. a. die Rückführungsrichtlinie in bundesdeutsches Recht umgesetzt wurde, sowie das am 1. August 2012 in Kraft getretene Gesetz zur Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie (Blue Card).

Die Neuauflage war Anlass für weitere Änderungen: Die bislang in § 4 AufenthG versteckte Kommentierung des ARB 1/80 wurde komplett überarbeitet und benutzerfreundlich verselbständigt. Hinzugekommen ist des Weiteren eine Kurzkommentierung der EU-Grundrechtecharta, die im Laufe der nächsten Jahre gerade in unseren Rechtsgebieten erheblich an Bedeutung gewinnen dürfte. Die wichtigste Neuerung jedoch ist die Erweiterung des Autorenkreises um die in einem Ausländerrechtssenat des VGH Baden-Württemberg aktive Frau Dr. Ina Bauer, um die am Verwaltungsgericht Stuttgart tätige Richterin Frau Dr. Simone Wunderle, die einen Schwerpunkt auch im humanitären Aufenthaltsrecht hat, um die ebendort tätige, zuvor als Richterin am Sozialgericht aktive Frau Dr. Alexandra Sußmann, die ihr besonderes sozial- und arbeitsrechtliches Know-how einbringt, um den am Berliner Verwaltungsgericht tätigen Herrn Kai-Christian Samel, der zuvor am Bundesverfassungsgericht als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Ausländerrecht aktiv war, sowie um Herrn Holger Winkelmann, der aufgrund seiner vielfältigen Erfahrungen bei der Bundespolizei vor allem die grenz-, strafrechts- und haftrelevanten Normen mit Praxiswissen anreichert. Gemeinsam mit der bei der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration tätigen Frau Sybille Röseler, die den Kommentar nach dieser Neuauflage verlässt, besteht das Autorenteam damit derzeit aus acht und langfristig aus sieben Personen, was den Verlag zur Umstellung auf das Herausgebermodell veranlasste.

Stuttgart/Darmstadt, im April 2013

Jan Bergmann
Klaus Dienelt

Vorwort

Aus dem Vorwort zur neunten Auflage

Fünf Jahre sind vergangen, seit unser verehrter Mentor und väterlicher Freund Professor Dr. Günter Renner am 19. August 2005 plötzlich und unerwartet im Alter von 66 Jahren in Melsungen verstorben ist. Günter Renner hat das Ausländerrecht in Deutschland wie kaum ein anderer geprägt. Sowohl mit dem von ihm geleiteten 12. Senat am Hessischen Verwaltungsgerichtshof als auch mit zahllosen wissenschaftlichen Beiträgen und vor allem dem seit der 5. Auflage von 1991 bis 2005 betreuten vorliegenden Kommentar hat er maßgeblich Einfluss genommen auf Rechtsprechung und Verwaltung. „Der Renner“, wie das 1967 von Dr. Werner Kanein begründete Werk bald überall genannt wurde, ist einfach jedem im Ausländerrecht Tätigen ein Begriff.

Günter Renner hinterlässt ohne jeden Zweifel große Fußstapfen. Mit der kurz vor seinem Tod fertiggestellten 8. Auflage hinterließ er zudem eine erste umfassende Kommentierung des am 1. Januar 2005 in Kraft getretenen neuen Zuwanderungsrechts. Entsprechend seinem im Verlagsvertrag niedergelegten Willen haben wir diese Kommentierung unseren Bearbeitungen zugrunde gelegt und sodann fortgeschrieben. Neu eingearbeitet wurde vor allem das am 28. August 2007 in Kraft getretene Richtlinienumsetzungsgesetz, mit dem insgesamt elf Richtlinien der Europäischen Union in das innerstaatliche Recht umgesetzt worden sind, sowie die seit dem 26. Oktober 2009 vorliegende bundeseinheitliche Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz.

Äußerlich haben wir vorsichtige Änderungen vorgenommen. Am augenfälligsten dürfte die Umstellung des gesamten Kommentars auf Fußnoten sein, die zur besseren Lesbarkeit beitragen soll. In den Fußnoten kehren wir uns zudem überwiegend ab von den bisher vielfach verwendeten EZAR-Quellenangaben und zitieren verstärkt im herkömmlichen Sinne, auch um das raschere Auffinden in Datenbanken zu erleichtern. So wird manches altbekannt und manches neu erscheinen. Günter Renners ausländerrechtliches Erbe wird gepflegt und weiterentwickelt. Sein liberaler Geist wirkt fort. Daran ist uns gelegen.

Stuttgart/Darmstadt/Berlin, im September 2010

Jan Bergmann
Klaus Dienelt
Sybille Röseler

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Aus dem Vorwort zur achten Auflage

Nun ist endlich gelungen, was lange verhindert und dann doch begonnen worden ist: Das alte deutsche Ausländerrecht ist zu einem neuen Zuwanderungsrecht entwickelt worden.

Nach der Reform des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts in den Jahren 1999 und 2000 hat sich zunächst in zahlreichen gesellschaftlichen Gruppen und dann bei dem Gesetzgeber die Erkenntnis durchgesetzt, dass auch das Ausländerrecht reformiert werden sollte. Die These vom Nichteinwanderungsland Deutschland konnte nicht länger die allfällige Anpassung an grundlegend geänderte Verhältnisse hindern. Zunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten und demografische Defizite hatten Grundlagen und System des Ausländergesetzes von 1990 schneller als erwartet altern lassen. Die vielfältigen Bestrebungen auf europäischer Ebene, die Bausteine für ein zukunftstaugliches Migrationsrecht zu schaffen, brachten Deutschland in Zugzwang. Die Europäische Union machte von den ihr neu übertragenen Kompetenzen in den Bereichen Visa und Zuwanderung sowie Asyl und Flüchtlinge zügig Gebrauch.

Nachdem die Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ in ihrem Bericht „Zuwanderung gestalten – Integration fördern“ im Juli 2001 festgestellt hatte: „Deutschland braucht Zuwanderinnen und Zuwanderer“, entschied sich der Gesetzgeber für eine Umgestaltung des Ausländerrechts in ein modernes Zuwanderungsrecht. Nach langen parlamen-

Vorwort

tarischen Auseinandersetzungen und der Nichtigerklärung des ersten Zuwanderungsgesetzes von 2002 wegen einer verfassungswidrigen Zustimmung des Bundesrats konnte das Zuwanderungsgesetz (ZuwG) über drei Jahre nach Einbringung des ersten Entwurfs schließlich am 1. Januar 2005 in Kraft treten.

Die vielfachen Herausforderungen für die deutsche Zuwanderungspolitik sind mit diesem Gesetz angenommen, aber nicht gemeistert. Während die Ausländerpolizeiverordnung von 1938 und das Ausländergesetz von 1965 jeweils ein Vierteljahrhundert und das Ausländergesetz 1990 fast 15 Jahre gegolten haben, wird das Aufenthaltsgesetz schon in fünf Jahren grundlegend verändert sein. Unabhängig von den ohnehin notwendigen Nachbesserungen wird die noch ausstehende Umsetzung einiger EU-Richtlinien schon in den nächsten zwei Jahren für wesentliche Veränderungen sorgen. Vor allem die folgenden Bereiche werden davon betroffen sein: Freizügigkeit der Unionsbürger, Familienzusammenführung zu Drittstaatsangehörigen, Daueraufenthalts- und Weiterwanderungsrecht von Drittstaatsangehörigen, Asyl- und Flüchtlingsstatus und Asylverfahren.

Melsungen, im Juni 2005

Günter Renner

Aus dem Vorwort zur siebenten Auflage

Fast neun Jahre sind seit der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Zusammenbruch des Ostblocks vergangen, seit über acht Jahren gilt das neue Ausländergesetz, und vor annähernd sechs Jahren wurde das Asylgrundrecht durch die neue Drittstaatenklausel sehr weitgehend beschnitten. Die europäische Einigung schreitet fort. Der Vertrag von Amsterdam wird nach seinem Inkrafttreten wesentliche ausländerrechtliche Kompetenzen auf die Europäische Union verlagern. Zuzug und Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen werden dem Einfluss der Mitgliedstaaten entzogen werden. Mit den Europa-Abkommen ist der Weg für eine Erweiterung der Union um mittel- und osteuropäische Reformstaaten geebnet und vorgezeichnet. Damit erweist sich an der Schwelle zu einem neuen Jahrhundert und Jahrtausend der enge Zusammenhang zwischen der Globalisierung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse und dem zunehmenden Bedarf an einer zeitgerechten Ausgestaltung des Migrationsrechts im weiteren Sinne.

Geblieben ist ein nicht unbedeutlicher Reformstau. Die Aufrechterhaltung der These vom Nichteinwanderungsland verhinderte aber die notwendigen Schlussfolgerungen aus der Tatsache, dass Deutschland die Einwanderung zahlreicher Ausländer durch Gewährung eines Daueraufenthalts und durch Einbürgерung in der Vergangenheit rechtlich und tatsächlich zugelassen hat und weiter zulässt. Das beständige Leugnen der millionenfachen Einwanderungssituation hat es verhindert, die Regelung des Aufenthalts von Ausländern in Deutschland endlich als einen Teil der gemeinsamen Daseinsvorsorge zu begreifen, statt Nichtdeutsche ausschließlich oder vorwiegend als Quelle polizeilicher Gefahren anzusehen und zu behandeln. Nicht zuletzt die beharrlich verweigerte Bereitschaft zur Anerkennung mehr oder weniger unabänderlicher Fakten ist verantwortlich für das allenfalls festzustellende Fehlen system- und sachgerechter Vorschriften – und damit auch für den Mangel an Akzeptanz des gesetzten Rechts in der deutschen wie in der nichtdeutschen Bevölkerung.

Melsungen, im Februar 1999

Günter Renner

Vorwort

Aus dem Vorwort zur sechsten Auflage

Die ersten Jahre nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Staaten Ost- und Südosteuropas und der Wiedervereinigung Deutschlands waren geprägt von hoffnungsvoller Aufbruchstimmung einerseits und unsicheren Zukunftserwartungen andererseits. Ungeachtet zwischenzeitlicher Enttäuschungen und Rückschläge, nicht nur wegen des Kriegs im ehemaligen Jugoslawien, hat die Öffnung von Grenzen, Märkten und Systemen den Wanderungsbewegungen neuen Auftrieb verliehen. Der von Grenzkontrollen freie europäische Binnenmarkt kann den Austausch von Waren, Dienstleistungen und Arbeitskräften sowie die allgemeine Freizügigkeit weiter fördern. Dabei liegen die möglichen Gefahren fehlender Steuerung der über die EG-Freizügigkeit hinausgehenden Zuwanderung auf der Hand.

Ein grundlegender Wandel hat sich innerhalb weniger Monate im Asylrecht vollzogen. Das neue Asylverfahrensgesetz vom Juli 1992 wurde bereits kurz nach seinem – teilweise – Inkrafttreten für ungenügend erachtet und mit der Änderung der grundgesetzlichen Gewährleistung des Asylrechts einer erneuten Revision unterzogen. Die mit der Drittstaatenklausel beabsichtigte Beschränkung der Aufnahme auf mit dem Flugzeug einreisende politisch Verfolgte beendet eine asylrechtliche Tradition, die mit den Verfolgungserfahrungen Deutscher während des Zweiten Weltkriegs begann. In Zukunft wird der Reiseweg und nicht mehr die erlittene oder drohende Verfolgung über das Asylrecht in Deutschland entscheiden.

Die ausländerfeindlichen Ausschreitungen und Morde in den Jahren 1992 und 1993 sind nicht auf unzureichende Gesetze zurückzuführen, eher schon auf eine vernachlässigte Aufklärung der Bevölkerung über Ursachen und Folgen von Zuwanderung. Gegen politischen Fanatismus von Sektierern und dessen teilweise Billigung durch einen Teil der deutschen Bevölkerung kann nur sachgerechte und wahrheitsgemäße Information helfen. Einseitige Tatsachendarstellungen schaden der Akzeptanz von Ausländern bei Deutschen ebenso wie undifferenzierte Werturteile gleich welcher Art. Nur Rechtssicherheit und klare Perspektiven für die ausländische Wohnbevölkerung können die Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben in Deutschland bilden.

Melsungen, im August 1993 Günter Renner

Aus dem Vorwort zur fünften Auflage

Über 25 Jahre lang hat das Ausländergesetz vom April 1965 gegolten. Seither haben sich die Verhältnisse in und um Deutschland grundlegend gewandelt. Die europäische Einigung ist fortgeschritten, die internationale Verflechtung der Wirtschaft verstärkt die Wanderungsbewegungen der Arbeitnehmer, und das weltweite Flüchtlingselend wächst trotz aller Bemühungen um Frieden und Sicherung der Menschenrechte. Der Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa wird zusätzlich Menschen zum Verlassen einer Heimat bewegen, die ihnen schon lange keine Heimat mehr war. Die Vereinigung Deutschlands schafft Hoffnungen im Innern wie im Ausland. Trotz aller Anfangsschwierigkeiten werden mit steigender Wirtschaftskraft noch mehr Ausländer nach Deutschland drängen und hier auch benötigt werden und willkommen sein.

In dieser Zeit des Umbruchs ist ein neues Ausländerrecht geschaffen worden, das den Anforderungen der Zukunft gewachsen sein soll. Die Eile, mit der es konzipiert, beraten und verabschiedet wurde, hat ihm nicht immer und überall gut getan. Doch bei näherer Betrachtung scheint es besser zu sein als sein anfänglicher Ruf.

Melsungen, im Juli 1991

Günter Renner

Vorwort

Aus dem Vorwort zur vierten Auflage

Etwa vierehalf Millionen Ausländer leben in der Bundesrepublik Deutschland. Anzeichen einer Ausländerfeindlichkeit sind unverkennbar. Spektakuläre Ereignisse jüngerer Zeit sind Warnzeichen.

Es ist unzutreffend, von „ausländischen Mitbürgern“ und „Gastarbeitern“ zu sprechen. Diese beschönigende, unbegründete, Illusionen hervorrufende Terminologie sollte aufgegeben werden. Der Staatsfremde, Staatenlose oder Ausländer ist Einwohner, Gebietszugehöriger. Der „Gastarbeiter“ ist alles andere als ein Gast, nicht selten ein minderberechtigter ausländischer Arbeitnehmer.

München/Feilnbach, im Mai 1986

Werner Kanein

Aus dem Vorwort zur dritten Auflage

Das deutsche Fremdenrecht ist nach wie vor in Bewegung. Die jüngere und jüngste Zeit haben einschneidende Änderungen durch Gesetze, Ausführungsvorschriften und höchstrichterliche Entscheidungen gebracht. Vor allem der Rechtsprechung ist zu danken, daß gegenüber weitgehend restriktiver und schematischer Vollzugspraxis der eigentliche Wille des Gesetzgebers zu weltoffener, liberaler und humaner Fremdenpolitik zunehmend zur Durchsetzung gelangt. Die durch die Rezession bewirkte Konsolidierung der Verhältnisse auf dem Gebiet des Ausländerrechts kommt diesem Ziel zugute.

München/Feilnbach, im Oktober 1979

Werner Kanein

Aus dem Vorwort zur zweiten Auflage

Bei Inkrafttreten des Ausländergesetzes befanden sich rund eine Million ausländische Arbeiter im Bundesgebiet. Man ging davon aus, daß deren Beschäftigung vorübergehend sein werde.

Zwar verfügen in allen Staaten der Welt Inländer über eine privilegierte Rechtsstellung gegenüber Staatsfremden, die grundsätzlich keinen Anspruch auf Aufenthalt besitzen. Doch darf der ausländerbehördliche Vollzug des Fremdenrechts weniger als Aufgabe des Polizeirechts, aus dem es rechtssystematisch hervorgegangen ist, begriffen werden. Vielmehr sollte es in der liberalen und humanen Weise gehandhabt werden, die den Absichten des Gesetzgebers ebenso wie der in der neueren höchstrichterlichen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und Bundesverwaltungsgerichts sich abzeichnenden Auffassung entspricht. Damit können die von Anbeginn gegen das Gesetz laut gewordene Kritik verstummen, die Ausländer das Gefühl der Unsicherheit verlieren, die behördliche Arbeit erleichtert, die Gerichte entlastet und beträchtlicher politischer Zündstoff beseitigt werden.

München, im Juni 1974

Werner Kanein

Aus dem Vorwort zur ersten Auflage

Die bis zum 30. September 1965 maßgebende Rechtsgrundlage des Deutschen Fremdenrechts, die Ausländerpolizeiverordnung vom 22. August 1938 (RGBl. I S. 1053), ist durch das Ausländergesetz vom 28. April 1965, verkündet am 8. Mai 1965 (BGBl. I S. 353), abgelöst worden. Das Ausländergesetz ist seit 1. Oktober 1965 in Kraft. Es enthält nicht unbeträchtliche Neuerungen. Während die Ausländerpolizeiverordnung im wesentlichen nur das Aufenthaltsrecht der Ausländer regelte, geht das Ausländergesetz darüber

Vorwort

hinaus und enthält neben der Regelung der Einreise und des Aufenthalts, die nunmehr rechtlich als einheitlicher Vorgang betrachtet werden, Bestimmungen über das Paß- und Ausweiswesen der Ausländer, die politische Betätigung, das Asylrecht u. dgl. Der gesteigerten Bedeutung des Fremdenrechts entsprechend hat der Gesetzgeber das Rechtsgebiet eingehender geregelt.

München, im Juli 1967

Werner Kanein

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Bearbeiterverzeichnis	XXIX
Abkürzungsverzeichnis	XXXI

Erster Teil. Aufenthaltsgesetz

Kapitel 1. Allgemeine Bestimmungen	1
Kapitel 2. Einreise und Aufenthalt im Bundesgebiet	56
Kapitel 3. Integration	921
Kapitel 4. Ordnungsrechtliche Vorschriften	955
Kapitel 5. Beendigung des Aufenthalts	1001
Kapitel 6. Haftung und Gebühren	1461
Kapitel 7. Verfahrensvorschriften	1511
Kapitel 8. Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration	1710
Kapitel 9. Straf- und Bußgeldvorschriften	1717
Kapitel 9a. Rechtsfolgen bei illegaler Beschäftigung	1787
Kapitel 10. Verordnungsermächtigungen; Übergangs- und Schlussvorschriften	1801

Zweiter Teil. Freiheitsgesetz/EU	1865
---	-------------

Dritter Teil. ARB 1/80	2083
-------------------------------------	-------------

Kapitel II. Soziale Bestimmungen	2095
Kapitel III. Wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit	2227

Vierter Teil. Grundrechtecharta der EU

Titel I. Würde des Menschen	2239
Titel II. Freiheiten	2246
Titel III. Gleichheit	2271
Titel IV. Solidarität	2279
Titel V. Bürgerrechte	2291
Titel VI. Justizielle Rechte	2300
Titel VII. Allgemeine Bestimmungen über die Auslegung und Anwendung der Charta	2308

Fünfter Teil. Artikel 16a Grundgesetz	2321
--	-------------

Sechster Teil. Asylgesetz

Abschnitt 1. Geltungsbereich	2382
Abschnitt 2. Schutzgewährung	2390
Abschnitt 3. Allgemeine Bestimmungen	2429
Abschnitt 4. Asylverfahren	2468
Abschnitt 5. Unterbringung und Verteilung	2706
Abschnitt 6. Recht des Aufenthalts während des Asylverfahrens	2743
Abschnitt 7. Folgeantrag, Zweitantrag	2802

Inhaltsübersicht

Abschnitt 8. Erlöschen der Rechtsstellung	2822
Abschnitt 9. Gerichtsverfahren	2853
Abschnitt 10. Straf- und Bußgeldvorschriften	2918
Abschnitt 11. Übergangs- und Schlussvorschriften	2930
Sachregister	2947

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Bearbeiterverzeichnis	XXIX
Abkürzungsverzeichnis	XXXI

Erster Teil. Aufenthaltsgesetz

Kapitel 1. Allgemeine Bestimmungen	1
§ 1 Zweck des Gesetzes; Anwendungsbereich	1
§ 2 Begriffsbestimmungen	14
Kapitel 2. Einreise und Aufenthalt im Bundesgebiet	56
Abschnitt 1. Allgemeines	56
§ 3 Passpflicht	56
§ 4 Erfordernis eines Aufenthaltstitels	78
§ 5 Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen	118
§ 6 Visum	166
§ 7 Aufenthaltserlaubnis	212
§ 8 Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis	230
§ 9 Niederlassungserlaubnis	244
§ 9a Erlaubnis zum Daueraufenthalt – EU	267
§ 9b Anrechnung von Aufenthaltszeiten	284
§ 9c Lebensunterhalt	292
§ 10 Aufenthaltstitel bei Asylantrag	297
§ 11 Einreise- und Aufenthaltsverbot	309
§ 12 Geltungsbereich; Nebenbestimmungen	344
§ 12a Wohnsitzregelung	355
Abschnitt 2. Einreise	372
§ 13 Grenzübertritt	372
§ 14 Unerlaubte Einreise; Ausnahme-Visum	382
§ 15 Zurückweisung	401
§ 15a Verteilung unerlaubt eingereister Ausländer	434
Abschnitt 3. Aufenthalt zum Zweck der Ausbildung	443
§ 16 Studium	443
§ 16a Mobilität im Rahmen des Studiums	469
§ 16b Teilnahme an Sprachkursen und Schulbesuch	471
§ 17 Sonstige Ausbildungszwecke	475
§ 17a Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen	479
§ 17b Studienbezogenes Praktikum EU	484
Abschnitt 4. Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit	485
§ 18 Beschäftigung	485
§ 18a Aufenthaltserlaubnis für qualifizierte Geduldete zum Zweck der Beschäftigung	503
§ 18b Niederlassungserlaubnis für Absolventen deutscher Hochschulen	514
§ 18c Aufenthaltserlaubnis zur Arbeitsplatzsuche für qualifizierte Fachkräfte	516

Inhaltsverzeichnis

§ 18d Teilnahme am europäischen Freiwilligendienst	519
§ 19 Niederlassungserlaubnis für Hochqualifizierte	521
§ 19a Blaue Karte EU	526
§ 19b ICT-Karte für unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer	535
§ 19c Kurzfristige Mobilität für unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer	540
§ 19d Mobiler-ICT-Karte	544
§ 20 Forschung	547
§ 20a Kurzfristige Mobilität für Forscher	555
§ 20b Aufenthaltserlaubnis für mobile Forscher	558
§ 20c Ablehnungsgründe bei Forschern, Studenten, Schülern, Praktikanten, Teilnehmern an Sprachkursen und Teilnehmern am europäischen Freiwilligendienst	561
§ 21 Selbständige Tätigkeit	563
 Abschnitt 5. Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen	574
§ 22 Aufnahme aus dem Ausland	574
§ 23 Aufenthaltsgewährung durch die obersten Landesbehörden; Aufnahme bei besonders gelagerten politischen Interessen; Neuansiedlung von Schutzsuchenden	580
§ 23a Aufenthaltsgewährung in Härtefällen	590
§ 24 Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz	599
§ 25 Aufenthalt aus humanitären Gründen	604
§ 25a Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden	643
§ 25b Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration	654
§ 26 Dauer des Aufenthalts	663
 Abschnitt 6. Aufenthalt aus familiären Gründen	677
§ 27 Grundsatz des Familiennachzugs	677
§ 28 Familiennachzug zu Deutschen	712
§ 29 Familiennachzug zu Ausländern	730
§ 30 Ehegattennachzug	743
§ 31 Eigenständiges Aufenthaltsrecht der Ehegatten	770
§ 32 Kindernachzug	795
§ 33 Geburt eines Kindes im Bundesgebiet	817
§ 34 Aufenthaltsrecht der Kinder	822
§ 35 Eigenständiges, unbefristetes Aufenthaltsrecht der Kinder	828
§ 36 Nachzug der Eltern und sonstiger Familienangehöriger	838
 Abschnitt 7. Besondere Aufenthaltsrechte	854
§ 37 Recht auf Wiederkehr	854
§ 38 Aufenthaltstitel für ehemalige Deutsche	871
§ 38a Aufenthaltserlaubnis für in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union langfristig Aufenthaltsberechtigte	882
 Abschnitt 8. Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit	899
§ 39 Zustimmung zur Ausländerbeschäftigung	899
§ 40 Versagungsgründe	912
§ 41 Widerruf der Zustimmung und Entzug der Arbeitserlaubnis	916
§ 42 Verordnungsermächtigung und Weisungsrecht	918

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 3. Integration	921
§ 43 Integrationskurs	921
§ 44 Berechtigung zur Teilnahme an einem Integrationskurs	934
§ 44a Verpflichtung zur Teilnahme an einem Integrationskurs	940
§ 45 Integrationsprogramm	951
§ 45a Berufsbezogene Deutschsprachförderung; Verordnungsermächtigung	953
Kapitel 4. Ordnungsrechtliche Vorschriften	955
§ 46 Ordnungsverfügungen	955
§ 47 Verbot und Beschränkung der politischen Betätigung	965
§ 47a Mitwirkungspflichten; Lichtbildabgleich	972
§ 48 Ausweisrechtliche Pflichten	973
§ 48a Erhebung von Zugangsdaten	984
§ 49 Überprüfung, Feststellung und Sicherung der Identität	985
§ 49a Fundpapier-Datenbank	996
§ 49b Inhalt der Fundpapier-Datenbank	999
Kapitel 5. Beendigung des Aufenthalts	1001
Abschnitt 1. Begründung der Ausreisepflicht	1001
§ 50 Ausreisepflicht	1001
§ 51 Beendigung der Rechtmäßigkeit des Aufenthalts; Fortgeltung von Beschränkungen	1015
§ 52 Widerruf	1033
Vorbemerkung §§ 53–56 – Ausweisung	1050
§ 53 Ausweisung	1101
§ 54 Ausweisungsinteresse	1125
§ 54a [aufgehoben]	1153
§ 55 Bleibeinteresse	1154
§ 56 Überwachung vollziehbar ausreisepflichtiger Ausländer aus Gründen der inneren Sicherheit	1161
§ 56a Elektronische Aufenthaltsüberwachung; Verordnungsermächtigung	1166
Abschnitt 2. Durchsetzung der Ausreisepflicht	1173
§ 57 Zurückschiebung	1173
§ 58 Abschiebung	1184
§ 58a Abschiebungsanordnung	1198
§ 59 Androhung der Abschiebung	1212
§ 60 Verbot der Abschiebung	1230
§ 60a Vorübergehende Aussetzung der Abschiebung (Duldung)	1275
§ 61 Räumliche Beschränkung, Wohnsitzauflage, Ausreiseeinrichtungen	1300
§ 62 Abschiebungshaft	1306
§ 62a Vollzug der Abschiebungshaft	1451
§ 62b Ausreisegewahrsam	1458
Kapitel 6. Haftung und Gebühren	1461
§ 63 Pflichten der Beförderungsunternehmer	1461
§ 64 Rückbeförderungspflicht der Beförderungsunternehmer	1469
§ 65 Pflichten der Flughafenunternehmer	1475
§ 66 Kostenschuldner; Sicherheitsleistung	1478
§ 67 Umfang der Kostenhaftung	1486
§ 68 Haftung für Lebensunterhalt	1493
§ 68a Übergangsvorschrift zu Verpflichtungserklärungen	1501

Inhaltsverzeichnis

§ 69 Gebühren	1502
§ 70 Verjährung	1509
Kapitel 7. Verfahrensvorschriften	1511
Abschnitt 1. Zuständigkeiten	1511
§ 71 Zuständigkeit	1511
§ 71a Zuständigkeit und Unterrichtung	1526
§ 72 Beteiligungserfordernisse	1529
§ 72a Abgleich von Visumantragsdaten zu Sicherheitszwecken	1536
§ 73 Sonstige Beteiligungserfordernisse im Visumverfahren, im Registrier- und Asylverfahren und bei der Erteilung von Aufenthaltstiteln	1542
§ 73a Unterrichtung über die Erteilung von Visa	1554
§ 73b Überprüfung der Zuverlässigkeit von im Visumverfahren tätigen Personen und Organisationen	1556
§ 73c Zusammenarbeit mit externen Dienstleistungserbringern	1557
§ 74 Beteiligung des Bundes; Weisungsbefugnis	1558
Abschnitt 1 a. Durchbeförderung	1561
§ 74a Durchbeförderung von Ausländern	1561
Abschnitt 2. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	1565
§ 75 Aufgaben	1565
§ 76 (weggefallen)	1571
Abschnitt 3. Verwaltungsverfahren	1571
§ 77 Schriftform; Ausnahme von Formerfordernissen	1571
§ 78 Dokumente mit elektronischem Speicher- und Verarbeitungsmedium	1579
§ 78a Vordrucke für Aufenthaltstitel in Ausnahmefällen, Ausweisersatz und Bescheinigungen	1581
§ 79 Entscheidung über den Aufenthalt	1583
§ 80 Handlungsfähigkeit	1589
§ 81 Beantragung des Aufenthaltstitels	1593
§ 82 Mitwirkung des Ausländers	1610
§ 83 Beschränkung der Anfechtbarkeit	1620
§ 84 Wirkungen von Widerspruch und Klage	1622
§ 85 Berechnung von Aufenthaltszeiten	1631
§ 85a Verfahren bei konkreten Anhaltspunkten einer missbräuchlichen Anerkennung der Vaterschaft	1633
Abschnitt 4. Datenschutz	1638
§ 86 Erhebung personenbezogener Daten	1638
§ 87 Übermittlungen an Ausländerbehörden	1644
§ 88 Übermittlungen bei besonderen gesetzlichen Verwendungsregelungen	1662
§ 88a Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit Integrationsmaßnahmen ..	1667
§ 89 Verfahren bei identitätsüberprüfenden, -feststellenden und -sichernden Maßnahmen	1670
§ 89a Verfahrensvorschriften für die Fundpapier-Datenbank	1674
§ 90 Übermittlungen durch Ausländerbehörden	1677
§ 90a Mitteilungen der Ausländerbehörden an die Meldebehörden	1683
§ 90b Datenabgleich zwischen Ausländer- und Meldebehörden	1685
§ 90c Datenübermittlungen im Visumverfahren über das Auswärtige Amt	1686
§ 91 Speicherung und Löschung personenbezogener Daten	1688
§ 91a Register zum vorübergehenden Schutz	1690

Inhaltsverzeichnis

§ 91b Datenübermittlung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als nationale Kontaktstelle	1694
§ 91c Innengemeinschaftliche Auskünfte zur Durchführung der Richtlinie 2003/109/EG	1695
§ 91d Auskünfte zur Durchführung der Richtlinie (EU) 2016/801	1700
§ 91e Gemeinsame Vorschriften für das Register zum vorübergehenden Schutz und zu innengemeinschaftlichen Datenübermittlungen	1705
§ 91f Auskünfte zur Durchführung der Richtlinie 2009/50/EG innerhalb der Europäischen Union	1706
§ 91g Auskünfte zur Durchführung der Richtlinie 2014/66/EU	1708
Kapitel 8. Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration	1710
§ 92 Amt der Beauftragten	1710
§ 93 Aufgaben	1712
§ 94 Amtsbeauftragte	1715
Kapitel 9. Straf- und Bußgeldvorschriften	1717
§ 95 Strafvorschriften	1717
§ 96 Einschleusen von Ausländern	1766
§ 97 Einschleusen mit Todesfolge; gewerbs- und bandenmäßiges Einschleusen	1777
§ 98 Bußgeldvorschriften	1779
Kapitel 9a. Rechtsfolgen bei illegaler Beschäftigung	1787
§ 98a Vergütung	1787
§ 98b Ausschluss von Subventionen	1793
§ 98c Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge	1798
Kapitel 10. Verordnungsermächtigungen; Übergangs- und Schlussvorschriften	1801
§ 99 Verordnungsermächtigung	1801
§ 100 Sprachliche Anpassung	1806
§ 101 Fortgeltung bisheriger Aufenthaltsrechte	1807
§ 102 Fortgeltung ausländerrechtlicher Maßnahmen und Anrechnung	1815
§ 103 Anwendung bisherigen Rechts	1822
§ 104 Übergangsregelungen	1823
§ 104a Altfallregelung	1832
§ 104b Aufenthaltsrecht für integrierte Kinder von geduldeten Ausländern	1850
§ 105 (aufgehoben)	1852
§ 105a Bestimmungen zum Verwaltungsverfahren	1852
§ 105b Übergangsvorschrift für Aufenthaltstitel nach einheitlichem Vordruckmuster	1859
§ 105c Überleitung von Maßnahmen zur Überwachung ausgewiesener Ausländer aus Gründen der inneren Sicherheit	1860
§ 106 Einschränkung von Grundrechten	1860
§ 107 Stadtstaatenklausel	1862
Zweiter Teil. Freizügigkeitsgesetz/EU	
Vorbemerkung	1865
§ 1 Anwendungsbereich	1879
§ 2 Recht auf Einreise und Aufenthalt	1889
§ 3 Familienangehörige	1926

Inhaltsverzeichnis

§ 4 Nicht erwerbstätige Freizügigkeitsberechtigte	1949
§ 4a Daueraufenthaltsrecht	1959
§ 5 Aufenthaltskarten, Bescheinigung über das Daueraufenthaltsrecht	1973
§ 5a Vorlage von Dokumenten	1989
§ 6 Verlust des Rechts auf Einreise und Aufenthalt	1993
§ 7 Ausreisepflicht	2021
§ 8 Ausweispflicht	2040
§ 9 Strafvorschriften	2044
§ 10 Bußgeldvorschriften	2046
§ 11 Anwendung des Aufenthaltsgesetzes	2047
§ 11a Verordnungsermächtigung	2058
§ 12 Staatsangehörige der EWR-Staaten	2058
§ 13 Staatsangehörige der Beitrittsstaaten	2061
§ 14 Bestimmungen zum Verwaltungsverfahren	2080
§ 15 Übergangsregelung	2080

Dritter Teil. ARB 1/80

(Auszug)

Vorbemerkung	2083
Kapitel II. Soziale Bestimmungen	2095
Art. 6	2095
Art. 7	2130
Art. 8 (<i>nicht kommentiert</i>)	2155
Art. 9 (<i>nicht kommentiert</i>)	2156
Art. 10	2156
Art. 11 (<i>nicht kommentiert</i>)	2164
Art. 12 (<i>nicht kommentiert</i>)	2164
Art. 13	2165
Art. 14	2206
Art. 15 (<i>nicht kommentiert</i>)	2227
Art. 16 (<i>nicht kommentiert</i>)	2227
Kapitel III. Wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit	2227
Art. 30 (<i>nicht kommentiert</i>)	2227

Vierter Teil. Grundrechtecharta der EU

Vorbemerkung	2229
Präambel	2237
Titel I. Würde des Menschen	2239
Art. 1 Würde des Menschen	2239
Art. 2 Recht auf Leben	2240
Art. 3 Recht auf Unversehrtheit	2242
Art. 4 Verbot der Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung	2243
Art. 5 Verbot der Sklaverei und der Zwangarbeit	2245
Titel II. Freiheiten	2246
Art. 6 Recht auf Freiheit und Sicherheit	2246
Art. 7 Achtung des Privat- und Familienlebens	2248

Inhaltsverzeichnis

Art. 8 Schutz personenbezogener Daten	2252
Art. 9 Recht, eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen	2254
Art. 10 Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit	2255
Art. 11 Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit	2257
Art. 12 Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit	2258
Art. 13 Freiheit der Kunst und der Wissenschaft	2259
Art. 14 Recht auf Bildung	2260
Art. 15 Berufsfreiheit und Recht zu arbeiten	2261
Art. 16 Unternehmerische Freiheit	2262
Art. 17 Eigentumsrecht	2263
Art. 18 Asylrecht	2265
Art. 19 Schutz bei Abschiebung, Ausweisung und Auslieferung	2270
Titel III. Gleichheit	2271
Art. 20 Gleichheit vor dem Gesetz	2271
Art. 21 Nichtdiskriminierung	2272
Art. 22 Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen	2274
Art. 23 Gleichheit von Frauen und Männern	2275
Art. 24 Rechte des Kindes	2276
Art. 25 Rechte älterer Menschen	2278
Art. 26 Integration von Menschen mit Behinderung	2278
Titel IV. Solidarität	2279
Art. 27 Recht auf Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Unternehmen	2279
Art. 28 Recht auf Kollektivverhandlungen und Kollektivmaßnahmen	2280
Art. 29 Recht auf Zugang zu einem Arbeitsvermittlungsdienst	2281
Art. 30 Schutz bei ungerechtfertigter Entlassung	2282
Art. 31 Gerechte und angemessene Arbeitsbedingungen	2283
Art. 32 Verbot der Kinderarbeit und Schutz der Jugendlichen am Arbeitsplatz	2284
Art. 33 Familien- und Berufsleben	2285
Art. 34 Soziale Sicherheit und soziale Unterstützung	2286
Art. 35 Gesundheitsschutz	2288
Art. 36 Zugang zu Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse	2289
Art. 37 Umweltschutz	2290
Art. 38 Verbraucherschutz	2290
Titel V. Bürgerrechte	2291
Art. 39 Aktives und passives Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament	2291
Art. 40 Aktives und passives Wahlrecht bei den Kommunalwahlen	2292
Art. 41 Recht auf eine gute Verwaltung	2293
Art. 42 Recht auf Zugang zu Dokumenten	2296
Art. 43 Der Europäische Bürgerbeauftragte	2297
Art. 44 Petitionsrecht	2298
Art. 45 Freizügigkeit und Aufenthaltsfreiheit	2298
Art. 46 Diplomatischer und konsularischer Schutz	2299
Titel VI. Justizielle Rechte	2300
Art. 47 Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht	2300
Art. 48 Unschuldsvermutung und Verteidigungsrechte	2304

Inhaltsverzeichnis

Art. 49 Grundsätze der Gesetzmäßigkeit und der Verhältnismäßigkeit im Zusammenhang mit Straftaten und Strafen	2305
Art. 50 Recht, wegen derselben Straftat nicht zweimal strafrechtlich verfolgt oder bestraft zu werden	2307
Titel VII. Allgemeine Bestimmungen über die Auslegung und Anwendung der Charta	2308
Art. 51 Anwendungsbereich	2308
Art. 52 Tragweite und Auslegung der Rechte und Grundsätze	2314
Art. 53 Schutzniveau	2317
Art. 54 Verbot des Missbrauchs der Rechte	2319
Fünfter Teil. Artikel 16a Grundgesetz	
Art. 16a GG [Asylrecht]	2321
Sechster Teil. Asylgesetz	
Vorbemerkung	2367
Abschnitt 1. Geltungsbereich	2382
§ 1 Geltungsbereich	2382
Abschnitt 2. Schutzgewährung	2390
Unterabschnitt 1. Asyl	2390
§ 2 Rechtsstellung Asylberechtigter	2390
Unterabschnitt 2. Internationaler Schutz	2397
§ 3 Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft	2397
§ 3a Verfolgungshandlungen	2405
§ 3b Verfolgungsgründe	2409
§ 3c Akteure, von denen Verfolgung ausgehen kann	2412
§ 3d Akteure, die Schutz bieten können	2415
§ 3e Interner Schutz	2417
§ 4 Subsidiärer Schutz	2419
Abschnitt 3. Allgemeine Bestimmungen	2429
§ 5 Bundesamt	2429
§ 6 (aF) Bundesbeauftragter (weggefallen)	2437
§ 6 Verbindlichkeit asylrechtlicher Entscheidungen	2438
§ 7 Erhebung personenbezogener Daten	2442
§ 8 Übermittlung personenbezogener Daten	2446
§ 9 Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen	2452
§ 10 Zustellungsvorschriften	2455
§ 11 Ausschluss des Widerspruchs	2464
§ 11a Vorübergehende Aussetzung von Entscheidungen	2466
Abschnitt 4. Asylverfahren	2468
Unterabschnitt 1. Allgemeine Verfahrensvorschriften	2468
§ 12 Handlungsfähigkeit	2468
§ 13 Asylantrag	2471
§ 14 Antragstellung	2479

Inhaltsverzeichnis

§ 14a Familieneinheit	2492
§ 15 Allgemeine Mitwirkungspflichten	2495
§ 15a Auswertung von Datenträgern	2500
§ 16 Sicherung, Feststellung und Überprüfung der Identität	2503
§ 17 Sprachmittler	2510
 Unterabschnitt 2. Einleitung des Asylverfahrens	2513
§ 18 Aufgaben der Grenzbehörde	2513
§ 18a Verfahren bei Einreise auf dem Luftwege	2531
§ 19 Aufgaben der Ausländerbehörde und der Polizei	2545
§ 20 Weiterleitung an eine Aufnahmeeinrichtung	2548
§ 21 Verwahrung und Weitergabe von Unterlagen	2550
§ 22 Meldepflicht	2552
§ 22a Übernahme zur Durchführung eines Asylverfahrens	2555
 Unterabschnitt 3. Verfahren beim Bundesamt	2556
§ 23 Antragstellung bei der Außenstelle	2556
§ 24 Pflichten des Bundesamtes	2559
§ 25 Anhörung	2567
§ 26 Familienasyl und internationaler Schutz für Familienangehörige	2574
§ 26a Sichere Drittstaaten	2586
§ 27 Anderweitige Sicherheit vor Verfolgung	2591
§ 27a Zuständigkeit eines anderen Staates (aufgehoben)	2608
§ 28 Nachfluchttatbestände	2609
§ 29 Unzulässige Anträge	2616
§ 29a Sicherer Herkunftsstaat; Bericht; Verordnungsermächtigung	2638
§ 30 Offensichtlich unbegründete Asylanträge	2644
§ 30a Beschleunigte Verfahren	2651
§ 31 Entscheidung des Bundesamtes über Asylanträge	2654
§ 32 Entscheidung bei Antragsrücknahme oder Verzicht	2661
§ 32a Ruhen des Verfahrens	2664
§ 33 Nichtbetreiben des Verfahrens	2665
 Unterabschnitt 4. Aufenthaltsbeendigung	2670
§ 34 Abschiebungsandrohung	2670
§ 34a Abschiebungsanordnung	2677
§ 35 Abschiebungsandrohung bei Unzulässigkeit des Asylantrags	2680
§ 36 Verfahren bei Unzulässigkeit nach § 29 Absatz 1 Nummer 2 und 4 und bei offensichtlicher Unbegründetheit	2682
§ 37 Weiteres Verfahren bei stattgebender gerichtlicher Entscheidung	2692
§ 38 Ausreisefrist bei sonstiger Ablehnung und bei Rücknahme des Asylantrags	2695
§ 39 Abschiebungsandrohung nach Aufhebung der Anerkennung (aufgehoben)	2697
§ 40 Unterrichtung der Ausländerbehörde	2698
§ 41 Gesetzliche Duldung (weggefallen)	2700
§ 42 Bindungswirkung ausländerrechtlicher Entscheidungen	2700
§ 43 Vollziehbarkeit und Aussetzung der Abschiebung	2702
§ 43a Aussetzung der Abschiebung durch das Bundesamt (weggefallen)	2705
§ 43b Paßbeschaffung (weggefallen)	2705
 Abschnitt 5. Unterbringung und Verteilung	2706
§ 44 Schaffung und Unterhaltung von Aufnahmeeinrichtungen	2706
§ 45 Aufnahmekoten	2709
§ 46 Bestimmung der zuständigen Aufnahmeeinrichtung	2711

Inhaltsverzeichnis

§ 47 Aufenthalt in Aufnahmeeinrichtungen	2714
§ 48 Beendigung der Verpflichtung, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen	2719
§ 49 Entlassung aus der Aufnahmeeinrichtung	2721
§ 50 Landesinterne Verteilung	2722
§ 51 Länderübergreifende Verteilung	2731
§ 52 Quotenanrechnung	2733
§ 53 Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften	2734
§ 54 Unterrichtung des Bundesamtes	2742
Abschnitt 6. Recht des Aufenthalts während des Asylverfahrens	2743
§ 55 Aufenthaltsgestattung	2743
§ 56 Räumliche Beschränkung	2753
§ 57 Verlassen des Aufenthaltsbereichs einer Aufnahmeeinrichtung	2757
§ 58 Verlassen eines zugewiesenen Aufenthaltsbereichs	2762
§ 59 Durchsetzung der räumlichen Beschränkung	2768
§ 59a Erlöschen der räumlichen Beschränkung	2771
§ 59b Anordnung der räumlichen Beschränkung	2773
§ 60 Auflagen	2775
§ 61 Erwerbstätigkeit	2781
§ 62 Gesundheitsuntersuchung	2784
§ 63 Bescheinigung über die Aufenthaltsgestattung	2785
§ 63a Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender	2788
§ 64 Ausweispflicht	2792
§ 65 Herausgabe des Passes	2794
§ 66 Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung	2796
§ 67 Erlöschen der Aufenthaltsgestattung	2798
<i>Zweiter Unterabschnitt. Aufenthalt nach Abschluß des Asylverfahrens (weggefallen)</i>	2801
§ 68 Aufenthalterlaubnis (weggefallen)	2801
§ 69 Wiederkehr eines Asylberechtigten (weggefallen)	2801
§ 70 Aufenthaltsbefugnis (weggefallen)	2802
Abschnitt 7. Folgeantrag, Zweitantrag	2802
§ 71 Folgeantrag	2802
§ 71a Zweitantrag	2819
Abschnitt 8. Erlöschen der Rechtsstellung	2822
§ 72 Erlöschen	2822
§ 73 Widerruf und Rücknahme der Asylberechtigung und der Flüchtlingseigenschaft	2832
§ 73a Ausländische Anerkennung als Flüchtling	2847
§ 73b Widerruf und Rücknahme des subsidiären Schutzes	2848
§ 73c Widerruf und Rücknahme von Abschiebungsverboten	2851
Abschnitt 9. Gerichtsverfahren	2853
§ 74 Klagefrist, Zurückweisung verspäteten Vorbringens	2853
§ 75 Aufschiebende Wirkung der Klage	2870
§ 76 Einzelrichter	2872
§ 77 Entscheidung des Gerichts	2880
§ 78 Rechtsmittel	2882
§ 79 Besondere Vorschriften für das Berufungsverfahren	2900
§ 80 Ausschluß der Beschwerde	2901
§ 80a Ruhen des Verfahrens	2904
§ 81 Nichtbetreiben des Verfahrens	2905

Inhaltsverzeichnis

§ 82 Akteneinsicht in Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes	2911
§ 83 Besondere Spruchkörper	2912
§ 83a Unterrichtung der Ausländerbehörde	2914
§ 83b Gerichtskosten, Gegenstandswert	2915
§ 83c Anwendbares Verfahren für die Anordnung und Befristung von Einreise- und Aufenthaltsverboten	2918
Abschnitt 10. Straf- und Bußgeldvorschriften	2918
§ 84 Verleitung zur missbräuchlichen Asylantragstellung	2918
§ 84a Gewerbs- und bandenmäßige Verleitung zur missbräuchlichen Asylantragstellung	2923
§ 85 Sonstige Straftaten	2923
§ 86 Bußgeldvorschriften	2928
Abschnitt 11. Übergangs- und Schlussvorschriften	2930
§ 87 Übergangsvorschriften	2930
§ 87a Übergangsvorschriften aus Anlass der am 1. Juli 1993 in Kraft getretenen Änderungen	2934
§ 87b Übergangsvorschrift aus Anlass der am 1. September 2004 in Kraft getretenen Änderungen	2936
§ 87c Übergangsvorschriften aus Anlass der am 6. August 2016 in Kraft getretenen Änderungen	2937
§ 88 Verordnungsermächtigungen	2938
§ 88a Bestimmungen zum Verwaltungsverfahren	2940
§ 89 Einschränkung von Grundrechten	2941
§ 90 (aF) Allgemeine Verwaltungsvorschriften (wegefallen)	2942
§ 90 Ermächtigung zur vorübergehenden Ausübung von Heilkunde	2942
Anlage I (zu § 26a)	2945
Anlage II (zu § 29a)	2945
Sachregister	2947

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG